



# Mindestens Mindestlohn!

Während sich die Wirtschaft über volle Auftragsbücher freut, die Bundesregierung mit der Bundeskanzlerin an der Spitze euphorisch meint der Aufschwung sei da, kämpfen Beschäftigte und Gewerkschaften um den Mindestlohn. Ausgerechnet zum Kampftag der Arbeiterbewegung am 1. Mai fallen bisherige Schutzregelungen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit weg. Dann können Unternehmen auch Arbeitskräfte aus europäischen Billiglohnländern zu den Konditionen ihrer Herkunftsländer beschäftigen. Stundenlöhne von zwei bis drei Euro sind dann nicht mehr auszuschließen. Dabei können die Firmen ihre Risiken minimieren und sich den Dienstleistungen moderner Sklavenhalter, den wie Pilze aus dem Boden geschossenen Zeitarbeitsunternehmen, bedienen. Allein in Remscheid gibt es 45 Firmen die eine Erlaubnis zur gewerksmäßigen Arbeitnehmerüberlassung erhalten haben. Sie profitieren von dem Umstand, dass die Wirtschaft in den Krisenjahren äußerst zurückhaltend mit Neueinstellungen war und dafür auf Zeitarbeitskräfte zurückgegriffen hat. Für den einzelnen Beschäftigten der sich in solch einer Zeitarbeitsfirma verdingen muss bedeutet dies, dass er in der Regel sehr viel weniger Lohn als sein festangestellter Kollege erhält und oftmals zusätzlich auf Hartz IV angewiesen ist. In 2009



lag das mittlere Bruttomonatsentgelt von Leiharbeitskräften in den alten Bundesländern lediglich bei **1.456 brutto im Monat** und in Ostdeutschland (inkl. Berlin) sogar bei nur **1.224**. Dabei haben diese Arbeitskräfte einen sozialversicherten Vollzeitjob in der Leiharbeit. Sie verdienen nicht nur viel weniger als andere Arbeitskräfte, sondern können von diesem Vollzeitjob allein oftmals nicht

leben. Das Lohn- und Verarmungsrisiko ist außergewöhnlich hoch. Der DGB hat in einer Studie festgestellt, dass: „Leiharbeitskräfte im Schnitt 40 bis 50 Prozent weniger verdienen, je nach Qualifikation und Einsatzbetrieben schwankt dies jedoch. Leiharbeit wird längst nicht nur dafür eingesetzt, um betriebliche Auftragspitzen abzufangen, sondern mehr und mehr auch um die Lohnkosten massiv zu drücken und tarifliche Regelungen in den Einsatzbetrieben zu unterhöheln. Wettbewerbsverzerrungen sind die Folge, wenn der Staat über Hartz IV Dumpinglöhne massiv subventioniert. Von einer gerechten Entlohnung kann nicht gesprochen werden. Leiharbeit darf nicht länger ein Mittel sein, um Stammbeschafteten zu ersetzen und/oder die Löhne nach unten – selbst unter Hartz IV – zu drücken.“ (Quelle: *arbeitsmarktaktuell 2/11*)

Die Herstellung der vollen Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am 1. Mai 2011, die mit der Aufhebung der verbliebenen Einschränkungen im Bereich der Dienstleistungsfreiheit verbunden ist, stellt einen wichtigen Schritt zur Integration der neuen Mitgliedsstaaten in die Europäische Union dar. Es muss allerdings verhindert werden, dass in Deutschland ab dem 1. Mai 2011 deutsche und ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden und Unternehmen

Fortsetzung auf Seite 2

# Kommunale Schulpolitik

## 208 Kinder bekamen keinen Gesamtschulplatz

Die Diskussion um eine veränderte Schullandschaft geht in Remscheid in die heiße Phase.

Das zumindest kann man glauben, wenn man die örtliche Presse zu diesem Thema liest.

Was ist passiert?

Die Anmeldungen der Viertklässler an die weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2011 / 2012 sind abgeschlossen und die Ergebnisse liegen - für jeden sichtbar - vor:

Wieder einmal wünschen viel mehr Eltern einen Gesamtschulplatz für ihr Kind als Plätze vorhanden.

Insgesamt mussten 208 (in Worten: zweihundertacht!!) Kinder von den beiden Gesamtschulen abgewiesen werden. Hauptschulen, Realschulen und auch die Gymnasien haben dagegen immer mehr Kapazitäten frei; die Anmeldezahlen an zwei Remscheider Hauptschulen sind so gering, dass eine Hauptschule - die Hauptschule Klausen - gar keine Eingangsklasse mehr bilden kann, die Hauptschule Rosenhügel für das nächste Schuljahr gerade einmal noch eine Eingangsklasse - um sich danach „selbst aufzulösen“.

Für alle Schulinteressierte war dieses Schulwahlverhalten Remscheider Eltern übrigens überhaupt keine Überraschung, werden doch seit Jahren jeweils ca.200 Kinder von den Gesamtschulen abgewiesen.

**Ein Skandal - wie DIE LINKE in Remscheid seit ihrem Bestehen immer wieder betont- und als logische Konsequenz daraus- die dritte Gesamtschule für Remscheid fordert.**

Schützenhilfe bekamen wir just vom Schulausschussvorsitzenden Hans-Peter Meinecke (SPD), der es im Rat in seiner Haushaltsrede so formulierte: „Wir haben zwei Hauptschulen und ein Gymnasium

zu viel und eine Gesamtschule zu wenig“ Sofort brach der Sturm der Entrüstung los. Jeder Gymnasialdirektor in dieser Stadt sah seine Schulform in Gefahr und warnte mit kaum nach vollziehbaren Argumenten vor der dritten Gesamtschule. Allerdings: vor den Anmeldezahlen können auch Gymnasialdirektoren nicht ihre Augen verschließen. Also gibt man sich „kompromissbereit“: Eine kleine Lösung soll her: eine **Gemeinschaftsschule** für Kinder mit Haupt- oder Realschuleempfehlung.

Schülerinnen und Schüler, die dort besonders gut wären und die entsprechende Qualifikation hätten, könnten ja dann nach Klasse 10 in die Oberstufe des Gymnasiums wechseln. (Anmerkung: Das können Haupt- und Realschüler mit entsprechender Qualifikation übrigens auch heute schon!!)

Was hält DIE LINKE in Remscheid von der Idee einer solchen Gemeinschaftsschule?

Um es auf den Punkt zu bringen:

**NICHTS!**

**Wir bleiben dabei:**

**Wir benötigen dringend die dritte Gesamtschule.**

Hier noch einmal unsere Begründung:

1. Es steht im Schulgesetz, dass der Elternwille zu berücksichtigen ist!
2. Eltern wählen einen Gesamtschulplatz, weil sie längeres gemeinsames Lernen wünschen und möglichst lange die Option auf den bestmöglichen Abschluss für ihr Kind offen halten wollen.
3. In Remscheid machen weniger Schülerinnen und Schüler Abitur als im Landesdurchschnitt. Für unsere Wissensgesellschaft aber wird eine bessere Schulbildung immer wichtiger.
4. Das heißt: Die Politik ist gefordert, viel mehr Remscheider Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, zum Abitur zu gelangen.

### Mindesten Mindestlohn

Fortsetzung von Seite 1

Arbeitskräfte aus anderen EU-Mitgliedsstaaten als Lohndrücker missbrauchen! Um den mit einer vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit einhergehenden Druck auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vermeiden, um Lohndumping zu verhindern und eine wirtschaftlich faire wie sozial gerechte Wettbewerbssituation zu schaffen, müssen gesetzliche Mindestlöhne und soziale Mindeststandards eingeführt werden. DIE LINKE wird sich deshalb weiter parlamentarisch und außerparlamentarisch vor allem dafür einsetzen, dass es in der Bundesrepublik einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen in Höhe von 10 Euro gibt. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz muss auf weitere Branchen ausgeweitet werden und die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit erleichtert werden.

Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sowie generell gleiche Arbeitsbedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Stammbeslegschaft müssen ohne Ausnahme gelten.

5. Nachweislich ist es so, dass 70% der Abiturienten an Gesamtschulen in NRW von den Grundschulen gar keine Gymnasialempfehlung bekommen hatten. (und trotzdem Abitur gemacht haben, auch trotz des Zentralabiturs!)

All diese Argumente lassen nach unserer Meinung nur den einen Schluss zu: Remscheid braucht umgehend die dritte Gesamtschule - sechszügig und mit Oberstufe!

Eine Schule, bei der nur das Namensschild Gemeinschaftsschule statt Haupt- und Realschule ausgetauscht wurde, wird ebenso schnell zur „Restschule“ und erfüllt in keiner Weise die Erfordernisse an eine zukunftsweisende Schullandschaft.

Eine mehrzügige „Gemeinschaftsschule“ in integrierter Form mit gymnasialen Standards und eigener Oberstufe - dage-

# Remscheider Armutsbericht

## Armut ist jung, weiblich und hat Migrationshintergrund

„Die Armut ist jung, weiblich und hat Migrationshintergrund“, musste Sozialdezernent Burkhard Mast – Weisz zum 1. Armutsbericht in Remscheid 2005 feststellen;  
sollte heißen: Junge Frauen mit Migrationshintergrund sind besonders von Armut betroffen, ebenso wie Alleinerziehende, Seniorinnen, Kinder und Jugendliche. Jedes 12. Kind in Remscheid lebt in Armut.

### 1. Remscheider Armutsbericht

Das war eines der Ergebnisse des ersten Remscheider Armutsberichts, ein 130 – Seiten – Werk, das nicht nur einen Überblick über die ökonomische Situation von Bürgerinnen und Bürgern in Remscheid gibt. Der Armutsbericht zeigt auch Zusammenhänge und Folgen von Armut insbesondere für Kinder und Jugendliche auf und beschreibt „Handlungsempfehlungen“.

Diese Handlungsempfehlungen sollten in Maßnahmen umgesetzt werden mit dem Ziel, die Lebenslagen vieler Remscheiderinnen und Remscheider zu verbessern und vor allem Kindern die Möglichkeit auf Teilhabe und eine lebenswerte Zukunft zu sichern.

Die Lebenssituationen der Bürgerinnen und Bürger sollte **JÄHRLICH** neu beschrieben und die Maßnahmen evaluiert werden: Der Armutsbericht sollte also **JÄHRLICH** fortgeschrieben werden (so beschlossen vom Rat der Stadt Remscheid 2005).

### 2. Armutsbericht

Im Juni 2010 stellten wir – DIE LINKE – im Sozialausschuss den Antrag, den Armutsbericht endlich **ERSTMALS** fortzuschreiben.

Nun – im April 2011 – liegt das Ergebnis vor. Wer aber geglaubt hat, endlich darüber informiert zu werden, ob sich die Lebenssituation für die vielen Remscheiderinnen und Remscheider gebessert hat und ob die von kommunaler Seite durchgeführten Maßnahmen gegriffen haben,

wird leider schwer enttäuscht.

Dieser „2. Armutsbericht“ beinhaltet eine schlichte, allgemein gehaltene Beschreibung der einzelnen in Kitas, Gesundheitsamt und Verwaltung durchgeführten Maßnahmen.

Statistisches Datenmaterial fehlt völlig. Es wurde einfach nicht erhoben. So kann auch nichts wirklich verglichen, weder Verbesserungen noch Verschlechterun-

dern“:

„Reihenuntersuchungen in Kitas sind mit den personellen Ressourcen des Fachdienstes Gesundheitswesen nicht zu realisieren.“

Oder zum Thema „Unterstützung bei Verschuldungsproblemen“

.....“Nach Aussage der Schuldnerberatung [kann] auch die Präventive Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen nur unzureichend erfolgen.“



### Politische Bewertung

Für DIE LINKE in Remscheid steht fest: Dieser zweite Armutsbericht sagt nichts über die Lebenssituationen von Remscheiderinnen und Remscheidern aus. Er ist nicht wirklich eine Fortschreibung des ersten Armutsberichtes. Allerdings lassen sich hier schon die ersten fatalen Auswirkungen des von der Gestaltungsmehrheit im Rat beschlossenen so genannten „Sparpaketes“ ablesen. Die „Sparmaßnahmen“ treffen die Bürgerinnen und Bürger, vor allem Kinder und Jugendliche, deren Lebenslagen als äußerst prekär und schwierig beschrieben werden müssen.

Nötige Hilfen und Unterstüt-

zung werden eingeschränkt. Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ist „gefährdet“. Von den Zielen des 1. Armutsberichtes, wenigstens die Auswirkungen von Armut abzumildern und **„Remscheid auch zukünftig sozial zu gestalten“** (1. Armutsbericht S.3) entfernen wir uns immer weiter.

**DIE LINKE. in Remscheid fordert hier ein radikales Umdenken und die Zurücknahme solcher „Sparmaßnahmen“.**

gen festgestellt werden.

Begründung der Verwaltung: zur Erhebung von Daten fehle es an Personal und Geld.

### Inhaltliche Bewertung

Wofür noch „Personal und Geld fehlt“ erkennt man schnell, wenn man den Bericht genauer liest und seine inhaltlichen Aussagen bewertet. Hier einige Beispiele: Da findet man unter dem Abschnitt „Kinder- und Jugendarbeit“ folgenden Satz: „Unter den aktuellen Rahmenbedingungen können jedoch nicht alle Bedarfe in dem eigentlich notwendigen Umfang gedeckt werden...Weitere finanzielle und personelle Einschnitte stellen eine existentielle Gefährdung der noch bestehenden Angebote der Träger dar.“

Oder zum Thema „Gesundheit von Kin-

## Remscheid nicht kaputt “sparen”



Die Stadt Remscheid ist überschuldet! Der derzeitige Schuldenstand liegt etwa bei 710 Mio Euro.

Sicher stecken hinter diesem Schuldenberg viele „Fehlinvestitionen“ und Fehlentscheidungen des Rats und der Verwaltung, der größte Teil unserer Schulden ist jedoch auf zu geringe Einnahmen und immer höheren Ausgaben bei pflichtigen Aufgaben zurückzuführen.

Die sogenannte „Gestaltungsmehrheit“ aus SPD, Grünen und FDP hat im Juni des vergangenen Jahres ein „Sparpaket“ beschlossen. Die Wählergemeinschaft und die CDU tragen es in den wesentlichen Teilen mit. Im Mittelpunkt steht ein Personalabbau bei den städtischen Arbeitern und Angestellten, der unsere Verwaltung entkernt. Dass dies auch zu Lasten der Bürger geht, wird klar am Beispiel des geschlossenen Bürgerbüros in Lüttringhausen. Stadtteilbibliotheken werden ihrer Mitarbeiter beraubt und können nur noch dank bürgerschaftlichen En-

gagements existieren. Sportplätze werden geschlossen, das Stadion in Lennep soll verkauft werden, Remscheids Kulturleben wird zur Disposition gestellt, Gebühren und Eintrittsgelder z.B. für das Freibad Eschbachtal werden erhöht. DIE LINKE hat als einzige Partei im Rat gegen diesen Kurs gestimmt.

Die Krise der Kommunalfinanzen darf nicht auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten, der Rentner und Rentnerinnen, der Jugendlichen und Kinder und der Bezieher von Transferleistungen bewältigt werden.

### **DIE LINKE sagt:**

**Die hohe Verschuldung wird sich durch diese Maßnahmen nicht dauerhaft beseitigen lassen und die finanzielle Handlungsfähigkeit wird so auch nicht wiederhergestellt.**

Das Gegenteil ist der Fall, der Kürzungskurs, der gegenwärtig gefahren wird, auch

unter Zwang gefahren wird, wird die strukturelle Verschuldung eher sogar noch verstärken.

Notwendig ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen, das die Handlungsfähigkeit der Stadt im Sinne des Grundgesetzes wiederherstellt.

Dazu gehört die strengste Einhaltung des Konnexitätsprinzips, ein Schulden- und Zinsmoratorium ebenso wie eine grundlegende Steuerreform zu Gunsten kleinerer und mittlerer Einkommen, zu Gunsten von Städten und Gemeinden.

Nur so wird es gelingen, die Aufgaben der Städte und Gemeinden ausreichend zu finanzieren. Kaum ein Land erzielt bei den vermögensbezogenen Steuern so geringe Einnahmen wie Deutschland. Die Einnahmen aus den vermögensbezogenen Steuern betragen 2007 in Deutschland gerade einmal 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

## Steuersystem ändern!

### Konnexitätsprinzip einhalten!

In Großbritannien wurden im selben Zeitraum vermögensbezogene Steuern in Höhe von 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhoben. Würden wir in Deutschland einen derartigen Satz haben, würden über 100 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen fällig.

DIE LINKE will die Vermögenssteuer in Gestalt der Millionärssteuer wiedereinführen. Ab einem Privatvermögen von einer Million Euro sollen fünf Prozent Steuern gezahlt werden. Das generiert vorsichtig gerechnet 80 Milliarden Euro.

DIE LINKE schlägt vor, die Erbschaftssteuer zu reformieren und gerechter zu gestalten, das bringt zusätzliches Steueraufkommen von 7 Milliarden Euro.

DIE LINKE will eine Spekulantensteuer für private Finanzinstitute nach dem Vorbild der US – amerikanischen Bankenabgabe, das erbringt neun Milliarden Euro.

DIE LINKE tritt ein für eine Finanztransaktionssteuer. Nach einer aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts in Wien

wären hier mit einem Steuersatz von 0,05 Prozent mindestens 27 Milliarden Euro Steuererträge möglich.

DIE LINKE geht davon aus, dass durch mehr Personal, verbesserte Kontrollen und Effizienz im Steuervollzug und bei der Austrocknung von Steueroasen Mehreinnahmen von 15 Milliarden möglich sind.

DIE LINKE will die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer weiterentwickeln, in der für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbstständigen, auch freiberuflichen Tätigkeiten, die mit Gewinnabsicht betrieben werden, Steuerpflicht besteht. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft. Das zusammen bringt den Kommunen mindestens 19 Milliarden Euro.

Das Geld für Zukunftsinvestitionen in Kultur, Bildung und ökologische Infrastruktur ist vorhanden. Es muss nur durch wirkliche Reformschritte in unserem Steuerrecht freigegeben werden, sonst gehen auch in Remscheid die Lichter aus.

## Sarrazin bleibt!

Der Spiegel schreibt in seiner Ausgabe vom Montag dem 26. April 2011, dass ein Stab von Anwälten den Ausschluss Sarrazins aus der SPD vorbereitet hatte und dazu eine Begründung verfaßt und juristisch abgeklopft hat, die den Umfang des halben SPD-Grundsatzprogramms hatte.

Aber vergeblich, nachdem Sarrazin erklärt hatte, daß er alles so nicht gemeint habe, wurde das Ausschlussverfahren eingestellt. Sarrazins Erklärung ist ein Hohn, denn er stellt indirekt die Richtigkeit seiner offen rassistischen und biologistischen, menschenverachtenden Thesen dar. Die Entrüstung und Enttäuschung vieler Sozialdemokraten ist verständlich denn die Affäre Sarrazin ist nach dem Hartz-Desaster eine weitere Abkehr von alten sozialdemokratischen Grundsätzen.

Es gibt allerdings auch Sozialdemokraten die Sarrazins Thesen unter Meinungsfreiheit subsumieren. Ihnen sei gesagt: "Volksverhetzung und Rassismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz"

## Hände weg von der Verbraucherberatung!

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ging es hoch her. Es wurde heftig über die Kosten der Verbraucherberatungsstelle (VBS) Remscheid debattiert. Der Grund hierfür ist die Überschreitung der im Haushalt 2010-2013 bereitgestellten 60.000,00 € pro Jahr, einmal um 4.673,00 € bzw. um 8.306,00 €.

Die laufenden Kosten teilen sich die Stadt und das Land NRW. Dies ist in einem Vertrag geregelt der noch bis zum 31.12.2012 läuft. Am 8. Juli 2010 hatte der Rat gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen die Verwaltung prüfen zu lassen, ob der Zuschuss der Stadt für die Beratungsstelle um 20 % gekürzt werden könnte. DIE LINKE ist nach wie vor der

Meinung, dass angesichts der Aufgaben die die Verbraucherzentrale für die Bürger dieser Stadt erbringt die 60.000,00 € geradezu geschenkt sind. Die Bürger dieser Stadt benötigen diese Dienstleistungen. Sind die Aufgaben doch gerade in den letzten Jahren dramatisch gewachsen. Die VBS berät bei Altersvorsorgefragen, Baufinanzierungen, bei Fragen zur Energieeinsparung im Haushalt, bei Fragen rund um Geld und Finanzen, sie macht Schuldnerberatung, hilft Mietern, macht Rechtsberatung beim Verbraucherrecht und hilft bei der Suche nach der richtigen Versicherung um nur einige der vielfältigen Angebote zu nennen. Diese Aufgaben werden von 1,17 Mitarbeitern plus Aushilfskräften erledigt. An-

gesichts der Tatsache, dass an anderer Stelle schnell einmal 5-6 stellige Beträge für „Luftnummern“ ausgegeben werden sind Ausgaben für die Verbraucherberatungsstelle gut angelegtes Geld. Auf alle Fälle kann es nicht angehen, dass aus den Reihen der Gestaltungsmehrheit der VBS gedroht wird den Druck auf sie in Zukunft zu erhöhen. Die Gestaltungsmehrheit sollte endlich die wichtige Funktion der VBS erkennen und froh darüber sein, dass die Hälfte der Kosten durch das Land getragen wird. Wenn die Hälfte des Anteils der Stadt weg ist, ist natürlich auch der Anteil des Landes weg und die Bürger stehen ohne die so dringend notwendige Verbraucherberatung da.

## DVD-Filmtipp

**Neuerscheinungen! Ausleihbar in der Remscheider Stadtbibliothek Scharffstraße 4-6, 42853 Remscheid**

Workingman's Death – 5 Bilder zur Arbeit im 21. Jahrhundert

Regie und Drehbuch: Michael Glawogger, Kamera: Wolfgang Thaler, Musik: John Zorn

2010  
Süddeutsche-Zeitung-Cinemathek  
1 DVD (144 Min.)

**Signatur: Gcm 1 WOR**

„Stirbt die Arbeiterklasse aus? Verschwindet körperliche Schwerarbeit, oder wird sie nur unsichtbar?“ Michael Glawogger begibt sich in diesem packenden Dokumentarfilm - der übrigens ohne Kommentare auskommt und nur die Arbeiter zu Wort kommen lässt - auf die Spuren dieser Frage. Er begleitet dabei ukrainische Minenarbeiter, die illegal in verlassenem, extrem flachen Bergwerks-

schächten Kohle abbauen, folgt indonesischen Schwefelarbeitern bei ihrem anstrengenden Treiben an steilen Vulkanhängen, bewegt sich unter Schiffszzerlegern in Pakistan, unter Schlächtern auf einem gigantischen Freiluft-Schlachthof in Nigeria und besucht chinesische Stahlarbeiter in ihrem archaisch anmutenden Stahlwerk. Die Bilder sind gewaltig, kraftvoll, ergreifend und - wenn auch mitunter schwer

erträglich - insgesamt unbedingt sehenswert.



**Ditfurth, Jutta:**

**Krieg, Atom, Armut: was sie reden, was sie tun: Die Grünen. Berlin: Rotbuch-Verl. 2011. 288 S.**

**Signatur:**



**Gkn 41 DIE GRÜNEN DIT**

Der provokant-kritische Beitrag der einstigen Mitbegründerin der Grünen entlarvt das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit grüner Politik. Sie belegt dies anhand von vielen Beispielen aus den Bereichen Atomkraft, Militäreinsätze, Stuttgart 21 und Agenda 2010.

In Ditfurths Augen verschärfen die Grünen, gefesselt von Kapitalinteressen und Sachzwängen des Machterhalts, die Ausbeutung von Mensch und Natur.

Insbesondere vielen der prominentesten grünen Realpolitiker wirft sie vor, dass sie die wesentlichen Parteiziele und -beschlüsse verraten haben, um nicht auf ihre schönen Ämter, Posten und hohen Staatspensionen verzichten zu müssen. Ihre Kritik ist nicht neu, wird aber in den Massenmedien kaum verbreitet und ist

## Termine:

**Sonntag, 1. Mai 10-18 Uhr**

Maidemonstration und Maifest auf dem Theodor Heuss Platz. DIE LINKE ist mit einem Stand dabei

**Mittwoch 11. Mai 19:00 Uhr**

(jeder 2. Mittwoch im Monat)  
Offene Kreisvorstandssitzung  
Geschäftsstelle  
Schützenstraße 62

**Mittwoch 25. Mai 19:30 Uhr**

(jeder 4. Mittwoch im Monat)  
Mitgliederversammlung  
Artur Becker Centrum (ABC)  
Alexanderstraße 30

**Mittwoch 1. Juni 19:00 Uhr**

Veranstaltung mit Sevim Dagdelen in türkischer Sprache  
Bürgerhaus Lindenhof  
Lindenhofstraße 13

**Samstag 9. Juli 2011 11:00 Uhr**

**Stadtteilstift**

auf Klausens grüner Wiese.

- Stände mit Speisen und Getränken,
- Spiel-, Spaß-, Sport- und Bildungsangebote,
- Aufführungen auf der Bühne, Aktionen wie Kisten-Klettern, Schminken, Hüpfburg oder Torwandschießen.



## Impressum:

DIE LINKE. Remscheid  
Schützenstraße 62  
42853 Remscheid  
Tel.: (0 21 91) 951 36 82  
Fax: (0 21 91) 951 37 31

[www.dielinke-remscheid.de](http://www.dielinke-remscheid.de)

V.i.S.d.P. Axel Behrend

## Kein Bezug und Vertrieb von Atomstrom mehr

### LINKE stellt Antrag im Rat

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid hat angesichts der unglaublichen Katastrophe in Japan zur Ratssitzung am 12. Mai 2011 folgenden Antrag eingebracht. Wenn Sie als Bürger auch dafür sind, dass unsere Stadtwerke EWR keinen Atomstrom mehr verkaufen und diesen Antrag unterstützen, können Sie auf der Rückseite dieser Zeitung dafür unterschreiben und eventuell bei Verwandten, Freunden und Nachbarn ebenfalls für unsere Forderung werben. Schicken Sie bitte die Liste an die am unteren Rand angegebene Adresse.

# Kein Atomstrom in Remscheid!

Die Katastrophe in Japan hat uns eindringlich vor Augen geführt, dass die Nutzung von Atomenergie eine Bedrohung der Menschheit darstellt. Schon die Katastrophe in Tschernobyl hatte den Schritt aus der Nutzung von Atomenergie als einzige Alternative angemahnt. Umso mehr ist die Katastrophe, die sich derzeit in Japan abspielt, zu bedauern.

Einmal mehr wird klar, dass diese Technik nicht sicher ist und auch hierzulande wäre unklar, was bei einem Flugzeugabsturz auf ein Atomkraftwerk, bei Naturkatastrophen oder terroristischen Anschlägen passieren würde.

Ebenfalls völlig ungeklärt ist die Frage der Endlagerung des atomaren Mülls. Mahnendes Beispiel ist hier die Asse, die bereits nach 40 Jahren ein Sanierungsfall ist. Aus diesem Grund ist es nötig hier ein Zeichen zu setzen und den Willen der Bürger und Bürgerinnen nicht länger zu ignorieren.

Der Rat der Stadt Remscheid möge deshalb beschließen:

1. Der Rat der Stadt Remscheid fordert die EWR auf schnellstmöglich den Bezug und Vertrieb von Atomstrom einzustellen.
2. Der Rat der Stadt Remscheid fordert die EWR auf, eine breit angelegte Stromwechsellkampagne zu "EWR natur" durchzuführen und den unbürokratischen Wechsel von Festpreisprodukten zu ÖKO-Stromprodukten zu ermöglichen.
3. Die Vertreter der Stadt Remscheid in den Gremien der RWE sind aufgefordert dort für den Ausstieg aus der Kernenergie zu wirken und sich insbesondere gegen den Bau neuer AKW im In- und Ausland einzusetzen



# Ich unterstütze den Antrag der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid "**Kein Atomstrom in Remscheid**"

Vorname Name	Strasse Hsnr	Unterschrift

Die ausgefüllte Unterschriftenliste bitte schicken oder vorbeibringen

DIE LINKE. Remscheid

Schützenstraße 62

42853 Remscheid

Tel.: (0 21 91) 951 36 82

Fax:(0 21 91 ) 951 37 31